Universität Basel
max.kehm@stud.unibas.ch
Institut für Soziologie
Max Kehm
Matr-Nr: 09-055-195
Proseminar: Wirtschaftswachstum - Ende eines Paradigmas?
Dozent: Simon Mugier
Abgabe: 15.09.2012

Arbeit, Menschenrechte und ihre Zukunft

Inhaltsverzeichnis

Arbeit und Menschenrechte

Betrachten wir die Gegenwart, so fällt auf das fast alle Menschenrechtsverletzungen im Kontext der profitorientierten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft begangen werden. An aktuellen Beispielen hierfür fehlt es nicht, ob Kinderarbeit in Indischen Steinbrüchen oder Lohnsklaverei in den Chinesischen Standorten Internationaler Elektronikkonzerne. Es ließe sich eine schier unendlich lange Liste mit Beispielen erstellen bei denen die Menschenrecht durch unwürdige Arbeitsbedingungen außer Kraft gesetzt werden.
Historisch reicht die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durch den Menschen weit zurück. Von den Sklavengesellschaften der Antike, über das Mittelalterliche Feudalsystem bis hin zu den Kolonialreichen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert hatte die jeweilige politische Herrschaft stets das Ziel, die Arbeitskraft anderer auszubeuten um Reichtum und Macht zu vermehren.

Anderseits wird die Arbeit von allen gesellschaftlichen Kräften, ganz egal ob Links, Rechts oder Liberal verherrlicht und zur alternativlosen Quelle des gesellschaftlichen Reichtums erklärt. Das Verhältnis der Menschheit zur Arbeit ist somit sehr widersprüchlich. Einerseits ist sie erforderlich, um Wohlstand zu schaffen, anderseits ist sie seit Jahrhunderten der Gegenstand von Ausbeutung und in der Folge von massiven politischen Konflikten.

Nach den Schrecken des Faschismus und wohl auch als Gegenpol zum real existierenden Sozialismus mit seinen Arbeitslagern und staatlich geplanten Ausbeutungsstrukturen wurde 1948 von der UNO die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet, welche die grundlegenden individuellen Rechte der Menschen festlegte, um International die juristische Grundlage zu schaffen, damit Ausbeutung und Sklaverei wirksam verfolgt werden konnten. So sind in Artikel 23 das Recht auf die freie Berufswahl, eine gerechte Entlohnung sowie das Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen und das Recht, Gewerkschaften beizutreten, definiert. Ferner sind in Artikel 24 und 25 das Recht auf bezahlten Urlaub sowie auf soziale Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit verankert. Die Realität in den vielen Ländern sieht aber anders aus. Die in der Deklaration der Menschenrechte definierten Grundrechte werden nicht umgesetzt oder deren Umsetzung gar durch staatliche Repression unterbunden. Zudem erodieren diese grundlegenden Rechte im Zuge der Neoliberalisierung und der zunehmenden Krisendynamik auch in Europa immer mehr. Die Ausbeutung menschlichen Arbeit wurde also bis heute nicht überwunden, sondern es haben sich höchstens die Mechanismen geändert, über welche diese Ausbeutung organisiert wird.

In meiner Arbeit möchte ich mich daher mit dem Zusammenwirken des Faktors Arbeit und ihrer Ausbeutung sowie der Zukunft der Menschenrechte im Kontext der Arbeit befassen. Hierzu werde ich im ersten Teil die Mechanismen des Missbrauchs der Arbeit Analysieren. In einem zweiten Teil werde ich mich mit der Organisation der Arbeit in der kapitalistischen Marktwirtschaft sowie der Problematik und den Ursachen der Arbeitslosigkeit und zunehmenden Prekarisierung der Arbeitnehmer auseinandersetzen.Im Dritten Teil werde ich ein alternatives Modell zur Organisation von Gesellschaft und Arbeit zur Diskussion stellen, welches der Verwirklichung der Menschenrechte besser gerecht werden könnte als die derzeitig praktizierten Sozialstaatsmodelle.

Ausbeuterischer Arbeit:

Es gibt zahlreiche verschiedene Ansichten darüber wann ein Arbeitsverhältnis ausbeuterisch ist und wann nicht. Marxistische und liberale Ansätze unterscheiden sich hier sehr deutlich. Dennoch sind sich alle modernen politischen Theorien darin einig, dass Arbeitsverhältnisse, die auf Zwang bzw. Gewalt basieren, wie z.B. Sklaverei oder Leibeigenschaft, in jedem Falle ausbeuterisch sind. Die Meinungen gehen jedoch betreffend der in einer freien Marktwirtschaft getätigten Lohnarbeit weit auseinander. Von wirtschaftsliberaler Seite wird diese als nicht ausbeuterisch angesehen, wenn sie auf Basis eines freien Vertrages zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zustande kommt, also die Arbeit aus freiem Willen geleistet wird somit auch kein Ausbeutungsverhältnis vorliegt, weil kein Zwang ausgeübt wird. Aus Linker Sicht wird wird diese Auffassung jedoch kritisiert, da der einfache Arbeitnehmer im Markt gezwungen ist, seine Arbeitskraft zum Verkauf anzubieten und das zu jenen Konditionen welche der Markt gerade anbietet. Der Arbeitgeber kann sich durch die Generierung von Mehrwert, welcher aus der menschlichen Arbeitskraft gezogen wird, bereichern während der Arbeiter mit einem minimalen Lohn abgespeist wird. Etwa wenn der Arbeitnehmer dazu gezwungen ist diese zu jeden Bedingungen annehmen zu müssen, zum Beispiel weil er aufgrund hoher Arbeitslosigkeit mit zahlreichen anderen Arbeitslosen konkurrieren muss und somit schutzlos zunehmendem Lohndumping ausgesetzt ist. Der offenen Ausbeutung steht also eine eher diffuse, von der anscheinenden Freiwilligkeit der Arbeitsverhältnisse in der freien Marktwirtschaft verdeckte, gegenüber.

Kritik der Arbeit.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geht fast immer auf die Ausbeutung der Arbeitskraft zurück. Bisherige Bemühungen, die Ausbeutung zu überwinden, zielten immer darauf ab, die Arbeit anders zu organisieren. Die Arbeitsformen der alten Sklaven- und Feudalsysteme wurden nach den bürgerlichen Revolutionen neu organisiert. An die Stelle der unfreien Zwangsarbeit von Leibeigenen trat der freie Arbeitsmarkt, auf dem die Arbeiter und Arbeitgeber durch freie Arbeitsverträge zueinander fanden. Da dies jedoch kein Ende der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung zur Folge hatte und zu einer zunehmenden Verelendung der Arbeitenden Bevölkerung führte (siehe Manchesterkapitalismus), kam es zu einem Erstarken Marxistischer Ideen. Die Produktionsmittel sollten verstaatlicht werden und nach einem staatlichen Plan betrieben werden, der gerechte Löhne und die Freiheit von Ausbeutung garantieren sollte. Aus der Geschichte wissen wir, dass es in allen Ländern des real existierenden Staatssozialismus einen bedingungslosen Arbeitszwang , Arbeitslager, meist schlechte Arbeitsbedingungen und eine sehr schlechte Entlohnung gab. Schließlich konnte man sich von dem Geld kaum was kaufen, auch weil die grundlegenden Konsumgüter meist nicht in ausreichender Menge zur Verfügung standen. Mit dem Ende des Staatssozialismus kam es zum weltweiten Sieg des Neoliberalismus. Harte, schlecht bezahlte menschenunwürdige Arbeit in den Niedriglohnländern sind heute an der Tagesordnung. Gewerkschaften sind häufig nicht zugelassen und wilde Streiks sowie Protestaktionen werden von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen. Alle bisherigen Versuche, die Ausbeutung durch Arbeit zu überwinden haben letztendlich nur zu neuen Formen der Ausbeutung geführt, nicht aber zu deren Überwindung.

Einen besonders radikalen Ansatz der Ausbeutungskritik verfolgt hierbei die Gruppe Krisis welche das "Manifest Gegen die Arbeit" verfasst hat. (Krisis, 1999: web) Die Autoren des Manifests kommen zu dem Schluss das alle Arbeitsgesellschaften zwangsläufig ausbeuterische Strukturen entwickeln und somit ein Ende der Ausbeutung durch eine lediglich andere Organisation des Zwangs zur Arbeit nicht überwunden werden

kann. Sie Plädieren in ihrem Manifest gegen die Arbeit also für eine Prinzipielle Überwindung der Arbeit an sich, um somit auch die ausbeuterischen Strukturen, welche bisher allen Arbeitsgesellschaften innewohnten, zu überwinden. Dies ist aus meiner Sicht trotz der weit entwickelten Produktionstechnologie immer noch sehr utopisch und auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen sondern kann eher als ein Fernziel verstanden werden. Dennoch haben sie in ihrer fundamentalen Kritik der Arbeitsgesellschaft durchaus recht.
Auch wenn die Überwindung der Arbeit an sich mit der derzeitigen Produktionstechnologie “noch“ nicht möglich ist, so ist es dennoch denkbar, den Zwang zur Arbeit abzuschaffen. Denn
ausbeuterische Arbeitsstrukturen haben immer die Bedingung, dass die Ausgebeuteten sich ihr nicht freiwillig unterwerfen, sondern dazu gezwungen werden. Gerade in der Marktwirtschaft kann Zwang dadurch entstehen das Arbeit auch zu sehr schlechten Bedingungen angenommen werden muss um das zum Überleben notwendige Geld zu erwirtschaften.
Das klassische Mittel, sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen, besteht für die Arbeiter in der gewerkschaftlichen Organisation. Gewerkschaften besitzen das Recht, kollektive Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder auszuhandeln, um so Verbesserungen zu erkämpfen. Das Machtmittel, das die Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern haben, ist das Recht, zeitweise und unter staatlich eng festgelegten Regeln die Arbeit zu verweigern und somit massiven Druck auf die Unternehmer auszuüben. Dieses Recht ist, wie anfangs erwähnt, in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte verankert. Jedoch ist das Recht auf Arbeitsverweigerung ein rein kollektives Recht, das außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation nicht existent ist. Das wird nun jedoch zunehmend zum Problem, denn im neoliberalen Zeitalter ist die Macht der Gewerkschaften gebrochen. Einfache Fertigungsarbeiten werden in jene Länder ausgelagert, in denen ein gewerkschaftliches Engagement quasi verboten ist, zum Beispiel in dem von einer Kommunistischen Partei regierten China. Dies führt dazu, dass in den westlichen Ländern befristete Beschäftigungsverhältnisse, Outsourcing oder Projektarbeit immer mehr zunehmen, welche sich der gewerkschaftlichen Organisation und Tarifverträgen entziehen. Zudem werden die Gewerkschaften aufgrund der in quasi allen Industrieländern zunehmenden Arbeitslosigkeit immer erpressbarer und/oder angepasster. Aktuellstes Beispiel ist der Protest der verarmten Minenarbeiter in Südafrika, die sich von ihrer Gewerkschaft nicht mehr vertreten fühlen.
Der Neoliberalismus führt somit zu einer zunehmenden Atomisierung der Gesellschaft in Individuen, die Methoden des kollektiven Widerstands funktionieren nicht mehr. Immer mehr Menschen fallen aus den Tarifverträgen und sind nicht mehr durch die von Gewerkschaften erkämpften Bedingungen gedeckt.
Diese Entwicklung lässt sich auch an der Anzahl der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbund, DGB, ablesen welcher von 7.772.795 Mitgliedern im Jahr 2000 auf 6.155.899 Mitglieder im Jahr 2011 gesunken ist. (Deutscher Gewerkschaftsbund, 2011: web)

Die Krise der Arbeitsgesellschaft

In einer hoch arbeitsteiligen Gesellschaft besteht der Zweck der Arbeit für den einzelnen Arbeitnehmer darin, Geld zu verdienen um somit Zugriff auf die Lebensnotwendigen Waren und Güter zu erhalten. Der Arbeitnehmer muss seine Arbeitskraft verkaufen, um im Gegenzug die notwendige Kaufkraft zu erhalten. Für den Unternehmer sieht die Lage anders aus, er kann Geld investieren, um somit die Produktion von Ware zu organisieren, durch deren Verkauf Profit erwirtschaftet wird. Ernst Lohoff und Norbert Trenkle nehmen

in ihrem Buch “Die große Entwertung“ bezug auf Marx, (Lohoff, Trenkle, 2012: S23). Demnach entwickelt sich der Wachstumszwang des Kapitalismus, aus dem Investitionszyklus Geld => Ware => Geld (Kurz GWG). Mit jedem Zyklus muss mehr Profit erwirtschaftet werden als zuvor, damit sich Investitionen noch lohnen. Dies setzt voraus, dass der Ausstoß von Ware und Profit mit jedem Zyklus weiter steigen muss. Gerät das Wachstum ins stocken, so lohnen sich die Investitionen für die Kapitalisten in ihrer Gesamtheit nicht mehr, schrumpft die Wirtschaft, würden sie in ihrer Gesamtheit Verluste machen. Ist der Zustand der permanenten Wachstums nicht gegeben dann lohnt sich also der Kapitalismus für die Kapitalisten nicht mehr und es würde folglich zu einem Abbruch der Investitionen kommen. Ernst Lohoff und Norbert Trenkle verweisen darauf, dass unendliches Wachstum in einer Welt mit begrenzten Ressourcen nicht möglich ist. Zudem verweisen sie darauf, dass die kapitalistische Logik durch das Zurückdrängen der menschlichen Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess auf eine innere Schranke zusteuert und somit die Arbeitsgesellschaft in die Krise gerät. Auf diese Argumentation werde ich nun näher eingehen.

Durch das Konkurrenzprinzip der freien Marktwirtschaft ist jeder einzelne Marktteilnehmer, gleich ob Arbeiter oder Unternehmer, darauf bedacht möglichst viel Geld zu verdienen. Der Zweck der kapitalistischen Wirtschaft besteht laut den Autoren nicht darin, Waren zu produzieren, sondern Geld zu erwirtschaften. (Lohoff, Trenkle, 2012: 22-24) Daraus erwächst der Anreiz, immer produktiver zu sein als die anderen Marktteilnehmer und somit seinen Anteil am den der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Reichtum zu erhöhen. Das einzelne Unternehmen ist am Markt somit auf der Suche nach besseren Methoden der Automatisierung und Rationalisierung. In diesem Konkurrenzkampf gewinnt stets derjenige welcher in der Lage ist, seine Produktivität über das Niveau zu steigern, das seine Konkurrenten zu leisten im Stande sind. (Lohoff, Trenkle, 2012:30) Auf diese Weise lässt sich der Anteil der zu entlohnenden Arbeit an den Produktionskosten senken und somit mehr Profit bzw. ein (Preis-)Vorteil gegenüber der Konkurrenz am Markt erlangen. Zum Beispiel indem die Einsparungen genutzt werden, die Ware billiger anbieten zu können um so größere Marktanteile zu erobern. Kein Unternehmer kann sich dieser Dynamik entziehen. Wer die Kosten der Produktion nicht ständig senkt wird auf absehbare Zeit am Markt nicht mehr mithalten können und Bankrott gehen. Es ist also ein Marktgesetz das die Marktakteure dazu verdammt sind, im Kampf um ihre eigene Existenz den technischen Fortschritt in der Produktion immer weiter voran zu treiben. Dies hat zur Folge, dass zunehmend menschliche Arbeitskraft aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen verdrängt wird. Um die freigesetzten Arbeitskräfte wieder neu in Beschäftigung zu bringen ist der Kapitalismus dazu gezwungen, ständig zu wachsen, die Gütermenge auszuweiten und neue Produkte auf den Markt zu bringen. Dies ist in sofern systemrelevant als der Lohn, den die Menschen für ihre Arbeit bekommen, wiederum die Nachfrage in Gang hält. Die Nachfrage nach Gütern wiederum sorgt erst dafür, dass der vorher beschriebene für den Kapitalismus so wichtige GWG-Mechanismus in Gang gehalten wird. Steigt die Arbeitslosigkeit bedingt durch den technischen Fortschritt zu schnell an, was ein zurückfallen der Kaufkraft hinter die gesteigerte Warenproduktion zur Folge hat so besteht die akute Gefahr einer Überproduktionskrise, welche die Wirtschaft in die Rezession treibt. Der Kapitalismus ist also darauf angewiesen immer eine große Menge an Menschenmaterial ständig einer neuen Verwertung im Arbeitsprozess zuzuführen um so den Wachstumskurs weiter halten zu können. Steigt nun bedingt durch die Digitale Revolution die Produktivität so stark an, dass die Arbeitslosigkeit steigt und folglich die Nachfrage einbricht so gerät der Kapitalismus in die Krise. Die Situation ist in sofern absurd als das die Fähigkeit des Kapitalismus durch die immer effektivere Verwertbarkeit der Menschlichen Arbeitskraft

immer größere Mengen an Wohlstand in Form von Gütern zu produzieren zu zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut führt, denn für den Kapitalismus steht nicht die Güterproduktion sondern die Geldproduktion im Vordergrund. Gerät diese ins Stocken so kommt auch die Güterproduktion und ihre Verteilung in die Krise. Der Kapitalismus erstickt also an seiner eigenen Produktivität. Eine Ausnahme bildet vielleicht die Produktion von Luxusgütern und Markenartikeln, bei denen die Wertschöpfung besonders hoch ist, und die aufgrund von weit überproportionalen Einkommen weniger Marktteilnehmer stark nachgefragt werden.
Nach Auffassung von Ernst Lohoff und Norbert Trenkle hat der Kapitalismus dieses Stadium bereits seit Langem erreicht was aber bisher durch die Aufblähung der rein virtuell und abgekoppelt von der Realwirtschaft agierenden Finanzmärkte verdeckt wurde. Die Finanzkrise 2008 setzte den Möglichkeiten, Wachstum weiterhin durch virtuelle Finanzprodukte und steigende Staatsverschuldung zu generieren, zunächst ein Ende. Die nun in vielen EU Ländern folgenden Sparprogramme führen, wie zu erwarten, zu steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Nachfrage somit einer Produktion welche über den Bedarf hinausgeht. Die Unternehmer fahren ihre Produktion zurück weil sie ihre Ware nicht mehr absetzen können, die Arbeitslosigkeit steigt und die Krisendynamik nimmt weiterhin ihren Lauf. Alle versuche die Schuldenkrise durch mehr Haushaltsdisziplin und Sparprogramme zu lösen sind somit von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Die Arbeit, so scheint es, ist zu produktiv für den Kapitalismus geworden.
Die aktuelle Krise einiger Euro-Länder ist somit der praktischen Beleg für die oben beschriebene Theorie.

Wenn wir ein Wirtschaftswachstum von 3% jährlich beibehalten würden (Entspricht dem Deutschen Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 (Bundesregierung, 2012: web) so würde sich der Ausstoß der Gütermenge durch die Exponentialität dieser Funktion (Zinseszinseffekt) innerhalb von nur 25 Jahren verdoppeln und innerhalb der nächsten 50 Jahre mehr als vervierfachen. Nach 75 Jahren hätten wie eine Verachtfachung der ausgestoßenen Gütermenge. Der Kapitalismus beutet die menschliche Arbeitskraft in zunehmendem Maße also nur dafür aus, um die Akkumulation von Geld weiter aufrecht zu erhalten. Es stünden schließlich schon jetzt genügend Güter zur Verfügung, um den Menschen mit allen notwendigen Dingen zu versorgen. Und nicht nur das: das Volumen der Güter, die zur Verfügung stehen, wie z.B. Computer oder Autos übersteigt die Nachfrage. Das wiederum hängt auch damit zusammen, dass immer mehr Menschen sich wegen des oben beschriebenen Kreislaufes die Güter nicht mehr leisten können. Sie hat etwa der französische Autobauer Renault/Citroén, der traditionell in den Ländern Südeuropas starke Marktanteile hat, seine Produktion zurückfahren und Arbeiter entlassen müssen, weil dort die Kaufkraft rapide gesunken ist. (Financial Times, 2012: web:)

Was liegt als näher als auf ständiges Wachstum zu verzichten, die Produktivitätssteigerungen statt dessen in einer Verkürzung der Arbeitszeit zu investieren und die Menschen so nach und nach von der Arbeit zu befreien ?
Die Logik des Systems lässt dies nicht zu, da durch das Abreißen des Wachstums die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation unterbrochen wäre und sich somit Investitionen nicht mehr lohnen würden. Die Menschheit ist also gezwungen über die Deckung der eigenen Bedürfnisse hinaus sich immer weiter dem Verwertungsprozess durch die Arbeit zu unterwerfen. Wo dies aufgrund der Steigerung der Produktivität nicht mehr möglich ist entsteht in zunehmenden Maße Arbeitslosigkeit und Armut. Mit der Folge, dass die einzelnen Teilnehmer des Arbeitsmarktes immer härter miteinander um die Arbeitsplätze konkurrieren müssen und dabei gezwungen sind immer schlechtere Bedingungen akzeptieren zu müssen. Die Realisierung der durch die Menschenrechte garantierten

Menschenwürde und individuellen Freiheit ist unter solchen Bedingungen kaum mehr möglich.

Die Krise des Finanzsystems

Diese Tendenz schafft jedoch nicht nur für die Bedingungen der Arbeit Probleme, sie stellt auch die klassischen Möglichkeiten der Finanzierung des Staatshaushaltes in Frage. Derzeit finanziert sich der Staat vor allem durch die Besteuerung der menschlichen Arbeit. Hält die Tendenz der Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess weiter an, so wird auch die Möglichkeit den Staatshaushalt durch die Besteuerung der Arbeit zu finanzieren, immer weiter zurück gehen. Am besten lässt sich dies an einem Praxisbeispiel verdeutlichen: vor 20 Jahren wurden Computer in Europa noch weitgehend von Hand zusammengesetzt. Dies führte zu hohen Lohnkosten welche über den Produktpreis an den Kunden weitergereicht wurden. Zum einen wurden so über die Löhne Steuern abgeführt zum anderen sorgte der höhere Produktpreis dafür das beim Verkauf eine größere Summe an Mehrwertsteuer entrichtet werden musste.
Über die Jahre sinken die Produktionskosten durch die zunehmende Automatisierung (Produktivität) immer weiter, die Preise sinken bedingt durch den Konkurrenzkampf der Produzenten untereinander. Wo der Preis sinkt, sinkt aber auch die darauf zu entrichtende Mehrwertsteuer. Letztendlich führt die zunehmende Verdrängung der Arbeit aus dem Produktionsprozess somit nicht nur zu einem absinken der Kaufkraft sondern auch zu einem Rückgang der Staatseinnahmen. Auch der Hersteller kann unter diesen Bedingungen pro verkaufter Produkteinheit aufgrund der sinkenden Preise keinen so großen Gewinn mehr erzielen. Es sei denn die Menge der Produzierten Waren wird ständig erhöht bzw. neue Innovationen entwickelt welche den verkauf teurer Produkte rechtfertigen. Somit ist sowohl für Staat als auch für private Unternehmen durch die fortschreitende Automatisierung ein ständiges Wachstum der Gesamtwirtschaft erforderlich um die eigenen Einnahmen zu sichern. Somit dient die Produktion der Waren nicht mehr dem Ziel die Nachfrage der Gesellschaft zu befriedigen sondern lediglich dazu das System der Geldvermehrung aufrecht zu erhalten.

“Denn das Waren produzierende System leidet von Geburt an unter einem unheilbaren Selbstwiderspruch. Einerseits lebt es davon, massenhaft menschliche Energie durch Verausgabung von Arbeitskraft in seine Maschinerie aufzusaugen, je mehr desto besser. Andererseits aber erzwingt das Gesetz der betriebswirtschaftlichen Konkurrenz eine permanente Steigerung der Produktivität, in der menschliche Arbeitskraft durch verwissenschaftlichtes Sachkapital ersetzt wird. “(Krisis, 1999:web)

Auf diesen inneren Selbstwiderspruch der kapitalistischen Marktwirtschaft führt die bereits zitierte Gruppe Krisis (Krisis: 1999) auch vorhergehende Krisen wie die große Weltwirtschaftskrise von 1929 zurück. Diese Krisen konnten ihnen zufolge jedoch bisher immer wieder durch eine Ausdehnung der Märkte überwunden werden. Als Beispiel wird die Entwicklung der Automobilindustrie angeführt. Anfangs war das Auto ein Luxusprodukt für die gesellschaftliche Elite. Durch die Verdichtung der Arbeit und fortschreitender Automatisierung konnten die Produktionskosten für das Auto soweit gesenkt werden das es für breite Bevölkerungsschichten erschwinglich und somit zum Teil des Massenkonsums wurde. Jedoch schreitet mittlerweile der technisch bedingte Anstieg der Produktivität schneller voran als die Ausweitung des Marktes. Mit entsprechenden Folgen für das gesamte Wirtschaftssystem und Sozialgefüge.
Als besonders prekär erweist sich hier die Situation für Jugendliche. Die International Labour Organisation (ILO) geht davon aus das die Jugendarbeitslosigkeit in den

Industrieländern von aktuell 17.5% auf 15.6 Prozent bis 2017 sinken wird. Jedoch nicht weil es mehr Arbeitsplätze gibt sondern weil immer mehr Junge Menschen die Jobsuche aufgeben und somit aus der Statistik fallen. (International Labour Organisation,2012:web)

Das in der Deklaration der Menschenrechte in Artikel 23 garantierte "Recht auf Arbeit" lässt sich somit nicht mehr durchsetzen. Da Arbeit in unserem jetzigen Gesellschaftssystem jedoch die Voraussetzung für Partizipation am Markt und somit die soziale Existenz ist, ergeben sich somit auch erhebliche Probleme aus Sicht der Menschenrechte. Vor allem wenn die finanziellen Spielräume des Staates und der politische Wille der Parteien zur Finanzierung des Sozialsystems weiter sinken sollten. Ein Umdenken in der Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik erscheint somit unumgänglich, um größere soziale Verwerfungen zu verhindern.

Gesundheitliche Folgen der Arbeitsverdichtung

Dies verdeutlicht auch ein Blick auf den Zusammenhang zwischen wachsendem Arbeitsdruck und Krankheit.
Der durch den stetigen Zwang zur Produktivitätssteigerung erzeugte Rationalisierungsdruck bei den Belegschaften der Unternehmen, führt so gut wie immer zu Personalabbau bei gleichbleibendem Arbeitsvolumen. Für die verbleibenden Mitarbeiter bedeutet dies in mehrfacher Hinsicht zu wachsender Arbeitsverdichtung mit deutlich messbaren negativen Konsequenzen für die Gesundheit der Beschäftigten:
- die wöchentliche Arbeitszeit steigt;
- Sonnabend und Sonntag werden zunehmend zu Arbeitstagen;
- in der verbleibenden Freizeit wird eine weitreichende Erreichbarkeit erwartet;
- die Beschäftigten sollen im Bedarfsfall schnell für Sondereinsätze verfügbar sein.
-schließlich werden diese Anforderungen durch lange Anfahrtswege für Pendler, die zu Lasten der Arbeitnehmer gehen, verschärft. Diese wachsenden Belastungen haben in den letzten Jahren zu stark steigenden krankheitsbedingten Ausfällen bei den Beschäftigten geführt.
Dies belegt der Fehlzeiten-Report 2012 des Wissenschaftlichen Instituts der Allgemeinen Orts Krankenkasse AOK (WidO):
"*Mehr als jeder dritte Erwerbstätige hat in den letzten vier Wochen häufig Anrufe oder E-Mails außerhalb der Arbeitszeit erhalten (33,8 Prozent) oder Überstunden geleistet (32,3 Prozent). Auch Arbeit mit nach Hause zu nehmen (12,0 Prozent) oder an Sonn und Feiertagen zu arbeiten (10,6 Prozent) stellt kein Randphänomen dar (Abbildung 1). Nahezu jeder achte Beschäftigte gibt zugleich an, dass er Probleme mit der Vereinbarkeit von Arbeit und Freizeit hat (13,2 Prozent) oder auch wegen beruflicher Verpflichtungen Pläne für private Aktivitäten geändert hat (12,8 Prozent).*" (Allgemeine Orts Krankenkasse WidO, 2012: web)
Die daraus resultierenden Folgen sind psychische Erkrankungen. Der Report stellt auf Seite 2 der oben genannten Quelle fest:
„*Seit 1994 ist die Zahl der psychischen Erkrankungen um 120 Prozent angestiegen. Das macht sich bei den Fehlzeiten bemerkbar: 2011 waren Ausfallzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen mit im Schnitt 22,5 Tagen je Fall mehr als doppelt so lange wie andere Erkrankungen mit durchschnittlich 11 Tagen je Fall.*" (Allgemeine Orts Krankenkasse WidO, 2012: web)
Durch die krankheitsbedingten Ausfälle steigt der Druck auf die gesunden Beschäftigten, denn da für die Kranken in aller Regel kein personeller Ersatz geschaffen wird, müssen sie die Arbeit der Fehlenden zusätzlich bewältigen. Damit ist zwangsläufig die Tendenz verbunden, dass deren Gesundheit ebenfalls leidet.

Die drastisch gestiegene Flexibilisierung der Arbeit und die damit verbundenen geschilderten Befunde psychischer Erkrankungen führen zu teilweise lang anhaltenden Beeinträchtigungen des Privatlebens und des Wohlbefindens der betroffenen Beschäftigten. Dies bedeutet letztendlich auch, dass der zunehmende Arbeitsdruck die Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben immer mehr beeinträchtigt.

Zum Arbeitsdogma

In den Wirtschaftswissenschaften herrscht derzeit die Maxime vor, dass es das höchste Ziel der Wirtschaft sei, Arbeitsplätze und neues Wachstum zu schaffen. Die Arbeit an sich wird somit nicht als Zweck der Produktion der Gesellschaftlich erforderlichen Güter gesehen sondern als Selbstzweck, den es auch in der Krise der Arbeitsgesellschaft um jeden Preis aufrecht zu erhalten gilt. Diese Einstellung zieht sich durch alle politischen Lager. Auch von Sozialdemokratischer und Gewerkschaftlicher Seite wird die Pflicht aller zur Arbeit nicht infrage gestellt, höchstens ab und an die Forderung nach einer Reduzierung der Arbeitszeiten und somit gerechterer Verteilung der schwindenden Arbeit gestellt - ohne aber den Willen bzw. die Kraft zu haben, dies auch wirklich zu erkämpfen. Die Konsequenz, die Vollbeschäftigung als Normalarbeitsverhältnis, als anzustrebendes Ziel für die Gesellschaft insgesamt infrage zu stellen, haben sowohl in der Linken als auch auf Seiten der Unternehmer nur sehr wenige. Ein der wenigen Ausnahmen ist der Gründer und Chef der Drogeriekette DM, Götz Werner. Er meint:

"*Ich muss wirklich sagen, dass ich dieses Gerede von der Schaffung neuer Arbeitsplätze langsam nicht mehr hören kann. Warum wird dem so wenig widersprochen? Die Wirtschaft hat nicht die Aufgabe, Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenteil. Die Aufgabe der Wirtschaft ist es, die Menschen von der Arbeit zu befreien. Und das ist uns in den letzten 50 Jahren ja auch grandios gelungen.* (Werner, Stuttgarter Zeitung, 2005:web)

Unternehmer wie Götz Werner bilden mit ihren Ansichten, wie gesagt die Ausnahme. Die Mehrheit der Ökonomen und Politiker ist immer noch in das vorherrschende System der Arbeitsmoral eingebunden und tut sich folglich schwer mit der Tatsache der Krise der Arbeitsgesellschaft zurecht zu kommen. Die Moralisierung des Faktors Arbeit steht somit einer rational wissenschaftlichen Betrachtung der gegenwärtigen Entwicklung entgegen. Wie Götz Werner ausführt sei es nicht die Aufgabe der Wirtschaft Arbeit zu schaffen sondern Güter und Dienstleistungen zu produzieren und die Menschen mit dem nötigen Geld auszustatten das sie sich diese auch leisten können. Durch diese, zumindest teilweise Entkopplung von Arbeit und Einkommen im Sinne eines allgemeinen Bedingungslosen Grundeinkommens oder Bürgergeldes lässt sich zum einen die Nachfrage aufrecht erhalten welche für einen funktionierenden Wirtschaftskreislauf erforderlich ist und zum anderen die Menschenwürde im Zeitalter der schwindenden Arbeit aufrecht erhalten. Eine Abkehr von den herrschenden Dogmen der Arbeit kann also einer Verwirklichung der Freiheits- und Menschenrechte also durchaus entgegenkommen und auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sein.

Fazit: Zukunft Menschenrechte in der Post-Arbeitsgesellschaft

Wie zuvor schon angesprochen, ist das klassische Kampfmittel der Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte die kollektive Arbeitsverweigerung durch die Organisierung des gewerkschaftlichen Streiks. Da die kollektive Macht der Gewerkschaften in der zunehmend individualistisch dynamischen Wissensökonomie immer weiter schwindet, erscheint es notwendig, das Recht auf Arbeitsverweigerung das bisher nur für die gewerkschaftliche kollektive Organisation gegolten hat, auf die Ebene des Individuums zu

übertragen. Ein bescheidenes Grundeinkommen welche die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen sicherstellt würde es jedem erlauben, menschenrechtswidrige Arbeit zu verweigern. Da wohl niemand ohne massiven ökonomischen Druck solch eine Arbeit annehmen würde, wäre eine ähnliche Wirkung wie bei einem gewerkschaftlichen Streik erreicht. Die Arbeitgeberseite müsste deutlich bessere Bedingungen anbieten, damit sich jemand findet, der freiwillig bereit ist, die Arbeit zu erledigen. Die gewerkschaftlichen Bürokratien und Hierarchien wären somit nicht mehr notwendig, da alle Menschen sozusagen ihr individuelles Streikrecht besitzen. Auch jene, welche bisher von Gewerkschaftlicher Organisation ausgeschlossen waren. Die Freiheit, bedingungslos jedwede Arbeit verweigern zu können kann die Menschenrechte besser garantieren als dies bürokratische Gewerkschaftsapparate noch zu leisten im Stande sind.
Zudem müsste man so nicht mehr darauf warten bis der hierarchisch organisierte Staat oder Gerichte mit ihrem komplexen Arbeitsrecht für gerechte Bedingungen sorgen. Durch die Abschaffung des strukturellen Arbeitszwanges besteht die Möglichkeit das der Markt sich selbst reguliert, da die Unternehmer nun dazu gezwungen wären die Nachfrage nach Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Entlohnung zu bedienen. Durch ein solches Konzept können die Menschenrechte in der zukünftigen Postarbeitsgesellschaft garantiert werden und zudem die Nachfrage stabilisiert werden. Solch ein Modell könnte die Grundlage für eine an die Bedingungen des 21 Jahrhunderts angepasste soziale Marktwirtschaft bilden in welcher der Markt so reguliert ist das seine einzelnen Akteure aus Eigeninteresse heraus Bedingungen schaffen welche der Umsetzung der Menschenrechte und Menschenwürde förderlich sind.
Allerdings gibt es bei solch einer fast utopisch klingenden Idee auch noch viele offene Fragen, zum Beispiel wie die Finanzierung solcher Ideen gesichert werden kann. Sowie welche Ökonomischen Folgen eine solche Umstellung zur Folge hätte. Auch der rechtliche Aspekt eines solchen Modelles müsste näher betrachtet werden. Denn durch die Krise der Arbeitsgesellschaft geraten auch die auf der Besteuerung der Arbeit aufbauenden Staatsfinanzen in die Krise, von daher wird man nicht darum herum kommen über eine völlig neue Architektur des Weltfinanz und Steuersystems nachzudenken. Dies würde jedoch bei weitem über die Möglichkeiten einer Proseminararbeit hinausgehen, wäre jedoch ein wichtiger Gegenstand zukünftiger Forschungsarbeiten.

Quellen:

Lohoff, Ernst / Trenkle, Norbert (2012): Die Große Entwertung Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: UNRAST-Verlag.

Vereinte Nationen (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – In: Office of the High Commissioner for Human Rights OHCHR, http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=ger (04.09.2012)

Krisis (1999): Manifest gegen die Arbeit – In: krisis, http://www.krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit (10.09.2012)

International Labour Organisation (2012): Weltweite Jugendarbeitslosigkeit steigt noch weiter an – In: ilo, http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles/youth_unemployment.htm (12.09.2012)

WidO Wissenschaftliches Institut der AOK (2012): In wido, http://www.wido.de/fileadmin/wido/downloads/pdf_pressemitteilungen/wido_pra_pm_fzr12_082012.pdf (13.09.2012)

Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften - In: DGB, http://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen (13.09.2012)

Financial Times (2012): Frankreichs Autobauer schaffen es nicht aus Krise – In ftd, http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/autoindustrie/:frankreich-frankreichs-autobauer-schaffen-es-nicht-aus-krise/70085051.html (13.9.2012)

Bundesregierung (2012): Wachstum ist das Ziel - In: bundesregierung http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/01/2012-01-18-jahreswirtschaftsbericht.html (13.09.2012)

Stuttgarter Zeitung (2005) Die Wirtschaft befreit die Menschen von der Arbeit In: Archiv grundeinkommen, http://www.archiv-grundeinkommen.de/werner/StZ-Interview-Goetz-Werner.pdf (11.09.2012)